

**Volksmusik** Das Alphorn hat sein verstaubtes Image verloren, sagt Samuel Ruh, und der muss es wissen. **Reiat Seite 21**

**Wasser** Vier Landwirte wollen den Rhein anpumpen. Jetzt bauen sie ein eigenes Bewässerungssystem. **Weinland Seite 22**

**Streitgespräch** Kantonsrat Andreas Gnädinger (SVP, Siblingen) und Kantons- und Nationalrätin Martina Munz (SP, Hallau)

## «Unausweichlich» – «Inakzeptabel»

Am 12. April stimmt das Volk darüber ab, ob das Budget 2015 revidiert werden soll oder nicht. Andreas Gnädinger (SVP) und Martina Munz (SP) bleiben einander im Streitgespräch dazu keine Antwort schuldig.

VON **CLAUDIA HÄRDI**  
UND **ZENO GEISSELER**

*Herr Gnädinger, im Budget 2015 ist eine Steuererhöhung von zwei Prozent vorgesehen. Die SVP ist grundsätzlich gegen hohe Steuern. Weshalb stehen Sie nach wie vor hinter diesem Budget?*

**Andreas Gnädinger:** Wir haben tatsächlich keine Freude an dieser Steuererhöhung. Ungeachtet dessen sind wir der Auffassung, dass eine solche Massnahme bei einem strukturellen Defizit von 40 Millionen Franken – zumindest vorübergehend – unausweichlich ist. Ausserdem war das im Kantonsrat unser Beitrag, um die Kantonsfinanzen wieder ins Lot zu bringen. Aus diesem Grund bin ich sehr überrascht, dass die SP und die Juso das Referendum gegen das Budget ergriffen haben. Besser: Das ärgert mich.

*Einverstanden, Frau Munz?*

**Martina Munz:** Wir sind mit dem Budget überhaupt nicht einverstanden. Gespart wird auf dem Buckel der Schwächsten unserer Gesellschaft. Wenn wir auf die Kantonsratsdebatte über das Budget 2015 zurückblicken, so handelt es sich nicht um einen Kompromiss. Wir haben von morgens um acht bis abends um zehn Uhr Antrag um Antrag gestellt. Gut recherchiert. Gut überlegt. Jeder Antrag wurde ohne Wenn und Aber abgeschmettert. Die Steuererhöhung von zwei Prozent ist weit weg von einem Kompromiss. Die Regierung hatte im vergangenen Jahr zu Recht sechs Prozent gefordert. Diese 15 Millionen Franken wären ein ansehnlicher Beitrag an das strukturelle Defizit gewesen. Jetzt sind wir bei zwei Prozent gelandet. Das reicht nirgends hin. Nach den jahrelangen Steuerensenkungen für die Unternehmenden und



Andreas Gnädinger (SVP) findet die Sparmassnahmen des Budgets 2015 verkraftbar und unausweichlich. Martina Munz (SP) hingegen ist der Ansicht, dass die Kürzungen inakzeptabel und darüber hinaus kontraproduktiv sind. Bilder Simon Brühlmann

chen ihr Arbeitsleben auf dem Arbeitslosenamt anfangen müssen, weil wir die Brückenangebote kürzen. Wir wollen auch nicht, dass eine Handelsmittelschule, die wir vor sechs Jahren aufgebaut haben, weggespart wird. Wir wollen ebenfalls nicht, dass an den Schulen die Elternbeiträge erhöht werden. Wer da von einem Kompromiss spricht, weiss nicht, was ein Kompromiss ist.

**Gnädinger:** Die Regierung hat in diesem Budget keine Steuererhöhung von sechs Prozent gefordert. Das war im Vorjahr für das Budget 2014. Aus unserer Sicht ist das Budget 2015, das die Regierung vorgelegt hat, bereits ein Kompromiss. Es wurde halbwegs ausgewogen gekürzt. Irgendwann muss man sich auf etwas einigen. So jedenfalls kann das nicht weitergehen. Darüber sind wir uns wohl einig.

**Munz:** Der Kanton Schaffhausen soll für Junge und Familien attraktiv sein. Das sind die Ziele der Regierung. Für Familien ist die Bildung zentral. Was

Setzen wir diese Leute zusätzlich unter Druck, werden wir noch mehr in die Ausbildung neuer Pflegekräfte investieren müssen. Es sind Massnahmen, die den Kanton unter dem Strich sehr teuer zu stehen kommen. Das steht auch im Widerspruch dazu, dass unsere Bevölkerung immer älter wird und mehr Pflege brauchen wird.

*Hat der Kanton das Ziel, junge Familien zu fördern, aus den Augen verloren?*

**Gnädinger:** Für junge Familien haben wir bereits einiges erreicht. Wie etwa bei den Steuern, mit Kinderabzügen und Kinderbetreuungsabzügen. Im Vergleich zu anderen Kantonen stehen wir gut da. Junge Familien anzusiedeln, ist das Ziel des Kantons. Das heisst aber nicht, dass wir jetzt einfach unkontrolliert Geld ausgeben können. **Munz:** Für Familien ist das Bildungsangebot entscheidend. In diesem Budget wird einseitig gespart, vor allem in der Gesundheit und der Bildung. Andere Departemente des Kantons kommen praktisch ungeschoren davon. Das finde ich nicht korrekt.

**Gnädinger:** Es sind 0,8 Prozent, die in der Bildung gekürzt werden, und über gewisse Sparmassnahmen wird noch diskutiert. Das ist noch lange kein Kahlschlag. Bei Weitem nicht. Es wird ausserdem nicht ausschliesslich bei der Pflege und der Bildung gespart. Auch bei der Verwaltung wurde gekürzt. Ich habe überprüft, um wie viel Prozent die Ausgaben bei der Sozialen Wohlfahrt und bei der Bildung in den letzten zehn Jahren gestiegen sind. Bei der Sozialen Wohlfahrt sind es rund 50 Prozent bei der Bildung 33 Prozent. Mir muss niemand erzählen, dass Kürzungen von 0,5 Prozent und 0,8 Prozent in den jeweiligen Bereichen nicht verkraftbar seien. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als unsere Luxuszone zu verlassen.

**Munz:** Der Kanton hat auch neue Aufgaben übernommen. In der Spitalfinanzierung etwa hat der Bund ein neues Finanzierungsmodell eingeführt. Das bedeutet Mehrausgaben für den Kanton, ohne dass er Einflussmöglichkeiten hat. **Gnädinger:** Das hat überhaupt nichts mit diesem Budgetreferendum zu tun. **Munz:** Aber mit Ihrer Argumentation! **Gnädinger:** Nicht im Geringsten! **Munz:** Aber sicher! Die Ausgaben werden durch dieses Finanzierungsmodell vom Bund anders gewichtet.

**Gnädinger:** Auch über die Ausgaben bei der Gesundheit werden wir in Zukunft debattieren müssen.

*Frau Munz, sollen Ihrer Ansicht nach die Staatsausgaben einfach immer weiter steigen?*

**Munz:** Nein. Und wir sind durchaus bereit dazu, uns das Ganze anzusehen. Wir verlangen jedoch eine Opfersymmetrie und einen Kompromiss. Der Kanton hat sich auf die Verjüngung des Kantons geeinigt und muss jetzt mit einer Strategie auf dieses Ziel hinarbeiten. Die Vision ist die gemeinsame Zielsetzung.

*Teilen Sie diese Vision, Herr Gnädinger?*

**Gnädinger:** Die Vision ist so weit gut. Wir sollten jedoch hier über die Finanzen diskutieren. Über Visionen reden können wir, wenn wir wieder Geld in der Kasse haben.

**Munz:** Wir nagen nicht am Hungertuch, wie die unerwarteten Mehreinnahmen in Millionenhöhe vom vergangenen Jahr zeigen. In der Rechnung 2014 gab es 17 Millionen Franken Mehreinnahmen, und von der Nationalbank sind in diesem Jahr 13 Millionen mehr zu erwarten. Es gibt keinen Grund, kurzfristige Sparmassnahmen, die unter dem Strich viel mehr kosten werden, durchzusetzen. Wir müssen langfristig einen gesunden Finanzhaushalt anstreben.



«Die Sparmassnahmen, die den Kanton unter dem Strich sehr teuer zu stehen kommen, akzeptieren wir nicht. Das ist verantwortungslose Finanzpolitik.»

**Martina Munz** Kantons- und Nationalrätin, SP Hallau

**Gnädinger:** Dass ich es gesagt habe: Diese Mehreinnahmen sind bereits wieder weg.

*Gehen wir davon aus, dass das Budget abgelehnt wird. Die Regierung und der Kantonsrat haben zwar eine moralische Verpflichtung, auf die Forderungen einzugehen. Gesetzlich sind sie jedoch nicht dazu verpflichtet. Wie wollen Sie denn gegenüber dem Volk Ihr Versprechen einlösen?*

**Munz:** Grundsätzlich ist das Volk der Souverän. Wenn das Volk das Budget ablehnt und die Regierung nicht auf die umstrittenen Sparmassnahmen eingeht, wäre das ein Affront. Wenn das Volk anders entscheidet als die Mehrheit im Kantonsrat, ist dieser dem Volk verpflichtet. Regierung und Kantonsrat haben ihre Verantwortung wahrzunehmen.

**Gnädinger:** Die Regierung muss dem Kantonsrat dasselbe Budget nochmals vorlegen, und wir führen die Diskussion noch einmal. Ein Affront wäre es, wenn die Regierung etwas daran schrauben würde.

*Ist eine Durchsetzungsinitiative à la SVP zu erwarten, Frau Munz?*

**Munz:** Nein, ich drohe nicht mit diesem blödem Zeug.

*Den Volkswillen respektieren und umsetzen, das sind Schlagworte, die Ihnen, Herr Gnädinger, nicht fremd sind ...*

**Gnädinger:** Den Volkswillen muss man auch bei dieser Abstimmung respektieren. Wenn bürgerliche Wähler das Budget ablehnen, lehnen sie es wegen der Steuererhöhung und der Lohnerhöhung für die Staatsangestellten ab. Das ist der Volkswille in dieser Abstimmung. Davon bin ich felsenfest überzeugt.

*Wenn das Budget am 12. April abgelehnt würde: Stehen wir dann wieder auf Feld eins?*

**Munz:** In einem Budgetprozess sind viele Positionen unbestritten, darum kann man nicht von einem «Zurück-auf-Feld-eins» sprechen. Es geht um umstrittene Positionen, die unserer Ansicht nach kontraproduktiv sind. Darüber wird man diskutieren müssen.

**Gnädinger:** Auf Feld eins werden wir nicht stehen. Sicherlich wird es eine harte Debatte. Wir werden uns erneut zusammensetzen und ausgiebig diskutieren, und zwar genau über die Punkte, über die wir jetzt geredet haben ...

**Munz:** Schön wird diesmal diskutiert. Letztes Mal war das nicht der Fall ...

**Gnädinger:** ... und wir werden vor allem auch über die Steuererhöhung reden.

*Sind Anträge aus dem bürgerlichen Lager zu erwarten?*



«Die Sparmassnahmen sind verkraftbar und ein unausweichlicher Schritt. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als unsere Luxuszone zu verlassen.»

**Andreas Gnädinger** Kantonsrat, SVP Siblingen

Wohlhabenden wird stattdessen bei den Behinderten, bei der Bildung und bei der Pflege gespart. Das können wir nicht akzeptieren.

**Gnädinger:** Zwei Prozent Steuererhöhung sind 4,8 Millionen Franken. Die Sparmassnahmen summieren sich hingegen lediglich auf 3,3 Millionen Franken. 4,8 Millionen Franken sind aus unserer Sicht durchaus ein erquicklicher Beitrag. Wir mussten unser Lager davon überzeugen, dass auch wir unseren Beitrag dazu leisten müssen, dass die Kantonsfinanzen wieder ins Lot kommen. Aus unserer Sicht sind wir damit einen Kompromiss eingegangen. **Munz:** Nochmals: Die Finanzdirektorin hat eine sechsprozentige Steuererhöhung gefordert. Wenn wir auf diese Steuererhöhung verzichten, kann man nicht von einem Kompromiss sprechen. Das ist verantwortungslose Finanzpolitik. Wir wollen nicht, dass die Jugendli-

macht der Regierungsrat stattdessen: Er streicht die Bildung zusammen. Das ist wohl das Dummste, was wir tun können. Jugendliche zum Beispiel, die nach der Volksschule noch keine Lehrstelle haben und eine Übergangslösung brauchen, müssen jetzt auf das Arbeitslosenamt. Vorher konnten sie mit einem Brückenangebot und einer Vorlehre ins Berufsleben starten. Auch die Kürzungen bei den IV-Heimen sind kontraproduktiv.

*Was meinen Sie damit?*

**Munz:** Wenn wir in der Betreuung 200 000 Franken einsparen, so sind das viele Pflegestunden. Wir wissen, dass die Pflegerinnen und Pfleger bereits am Anschlag sind. Wird die Belastung weiter erhöht, so werden diese noch schneller aus dem Beruf aussteigen. Derzeit ist die durchschnittliche Verweildauer im Beruf noch sechs Jahre.